

Europa

EU-Politik: Die Zukunft der Schweiz ist bilateral

Noch immer wundert sich die politische Schweiz über den Husrnritt der Denkfabrik Avenir Suisse, die vor kurzem aus heiterem Himmel ein Plädoyer für einen EU-Beitritt der Schweiz veröffentlichte. Denn die Wirtschaft, die Avenir Suisse finanziert, ist an einem solchen gar nicht interessiert. Sie beteiligte sich denn auch nicht an der einsetzenden Europadebatte – im Gegensatz zum omnipräsenten EU-Botschafter Michael Reiterer, der sofort den bilateralen Weg für ausgereizt erklärte, ist dieser doch der EU lästig. Viele Meinungsträger in der Schweiz übernahmen diese Behauptung blind. Die SVP wiederum vermochte ihr Glück kaum zu fassen, dass rechtzeitig zum Wahljahr 2011 ihr Lieblingspopanz Brüssel wieder Schlagzeilen machte. Nun hat der Bundesrat nach einer Klausurtagung die Dinge wieder ins Lot gerückt. Er hält am bilateralen Weg fest; das offensichtliche Problem, wie bestehende Abkommen an die Entwicklung des EU-Rechts angepasst werden können, lässt er vertieft analysieren. Zwei Lösungen bieten sich dabei an: ein Beitritt zum EWR oder ein neues Rahmenabkommen, in das alle bilateralen Verträge institutionell eingebettet wären. Der Bundesrat hat vernünftig entschieden: Angesichts der ökonomischen Verfassung der EU ist ein Beitritt gegenwärtig so realistisch wie eine Wahl von Ghadhafi in den Bundesrat. Doch es liegt im Interesse der Schweiz, dass sich mit der EU neue Lösungen für neue Probleme finden lassen, also bilateral verhandelt wird. Wetten, dass Avenir Suisse – wo bald eine neue Leitung das Zepher übernimmt – sich dieser Auffassung anschliesst! (fem.)

Postmarkt

Die Leistung sinkt, doch der Preis bleibt hoch

Anfang Juli hat Postregulator Marc Furrer gewarnt: «Gegen Effizienz ist nichts einzuwenden, doch bei der Versorgung des Bürgers darf nicht weiter gespart werden.» Genau sechs Wochen später startet die Schweizerische Post einen erneuten Versuch, Kosten mit einem Leistungsabbau bei der Versorgung von Privaten zu sparen: Sie lanciert in einzelnen Regionen der Deutschschweiz einen Pilot, Briefe und Pakete zwar für Geschäftskunden früher, doch für Haushalte später – bis 14 Uhr – zuzustellen. Damit sinkt die Leistung für Private spürbar, die Preise aber, die bleiben gleich hoch. Das ist nur möglich, weil die Kunden über keine Alternative verfügen. Denn bei Briefen bis 50 Gramm profitiert die Post immer noch vom Monopolschutz. Hier gehören die Preise im internationalen Vergleich nicht zu den günstigsten.

Wenn nun die Qualität der Postdienste im Monopolbereich sinkt, dann könnte die vollständige Marktöffnung für mehr Wettbewerb sorgen und einem weiteren Abbau der Leistungen einen Riegel schieben. Ist der Markt jedoch, wie in der Schweiz, nicht vollständig liberalisiert, dann muss die Post die Leistung aufrechterhalten und ihre Kosten anders senken. Zurzeit sollen die Zeche die Kleinkunden bezahlen. Ob die Testhaushalte den jüngsten Leistungsabbau-Versuch goutieren werden, ist zu bezweifeln. Im Waadtland jedenfalls ist die Post mit dem Test, die Wohnquartiere erst nachmittags bis 17 Uhr zu beliefern, gescheitert. In einer Umfrage hat ein Viertel der Haushalte diesen Leistungsabbau abgelehnt. Das reichte, um das Projekt zu bodigen. (weg.)

Pakistan

Hilfe aus der alten Welt

Pakistan kämpft seit Wochen gegen Fluten unvorstellbaren Ausmasses; der Bedarf an Hilfsgeldern ist riesig. Die Uno geht von fast einer halben Milliarde Dollar aus, die schnell aufgetrieben werden muss. Eine erstklassige Gelegenheit für die aufstrebenden asiatischen Mächte – würde man denken –, der Welt ihre neue Position der Stärke zu zeigen. So, wie dies Brasilien nach dem Erdbeben auf Haiti im Januar getan hat. Falsch gedacht. Bei der Hilfe in Pakistan ist kaum etwas zu hören von Singapur, Indonesien oder China (das soeben Japan als zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt abgelöst hat). Die Rangliste der Geber gemäss Uno sieht aus wie immer: An erster Stelle stehen die USA, an zweiter Stelle Saudiarabien, der amerikanische Verbündete im Nahen Osten. Es folgen Grossbritannien, Australien und das hochverschuldete Japan. Die künftige Weltordnung mag von China bestimmt sein – wenn es ums Helfen geht, gilt noch die alte Weltordnung. (tis.)

Chappattes digitale Welt



Der externe Standpunkt

Der Lehrerberuf ist unmodern und muss attraktiver werden

Wer unterrichtet, hat kaum Aufstiegschancen und auch keine Entwicklungsperspektiven. Der Lehrerberuf ist deshalb grundlegend zu reformieren, schreibt Hermann J. Forneck

Morgen beginnt für viele Schülerinnen und Schüler das neue Schuljahr. Die Gefahr, dass sie in ihren Klassenräumen keine Lehrer antreffen, ist gebannt. Manche Schulbehörden haben in den letzten Wochen erfolgreich neue Lehrkräfte, auch Quereinsteiger, rekrutiert. Aus Verantwortung gegenüber den Kindern und Jugendlichen, die im nächsten Schuljahr unterrichtet werden, sind diese Notmassnahmen richtig.

Aber sie beheben nicht das strukturelle Problem. Es gibt im Gegenteil gute Gründe, anzunehmen, dass sie dieses sogar verstärken. Betrachtet man berufliche Biografien in Banken, Wirtschaftsunternehmen und Behörden, zeigt sich, dass sich diese durch Karrieren bzw. Laufbahnen auszeichnen. Moderne Berufe leben von der Attraktivität eines beruflichen Aufstiegs, einer Karriere. Individuelle Entwicklung und Berufsentwicklung ergänzen und beeinflussen sich – im Idealfalle positiv. Erfolge im Beruf wirken sich fördernd auf die individuelle Entwicklung aus und umgekehrt. Berufslaufbahnen haben eine klare Logik: je höher in der Karriereleiter, desto grösser werden Autonomie und Gestaltungsmöglichkeiten.

Dagegen ist Unterrichten ein unmoderner Beruf. Warum? Ein Aufstieg bleibt im Lehrerberuf die Ausnahme. Er ist von Beginn an mit einem Mass an Selbstbestimmung und Herausforderungen verknüpft, die wir nur in wenigen Feldern der Berufswelt vorfinden. Das führt in vielen Fällen zu einer Überforderung in den ersten Berufsjahren. Der Beruf wird nicht durch Weiterqualifikation mit wachsenden Aufgaben, sondern durch individuelle Kraftanstrengung gemeistert. Aus dieser zentralen berufsbiografischen Erfahrung speist sich ein seit bald 200 Jahren existierendes problematisches Verhältnis der Profession zu dem, was sie abschätzig «Theorie» nennt – selbst dann, wenn diese für die Praxis äusserst relevant ist.

So entsteht in und ausserhalb der Lehrerschaft die Vorstellung einer

nichtprofessionalisierbaren Beruflichkeit, zu der man geboren sei oder eben nicht: «Lehrer sein ist eine Berufung, kein Beruf.» Ein unmodernes Berufsbild! Diese fatale Entwicklung könnte sich heute verstärken, indem man durch Quereinstieg Lehrer oder Lehrerin werden kann. Das bedeutet nämlich: Jeder kann unabhängig von der Ausbildung diesen Beruf ergreifen.

Wenn heute junge, leistungsorientierte Menschen für einen Beruf gewonnen werden sollen, muss sich mit der Berufswahl eine individuelle, karriereorientierte Lebensplanung verbinden lassen. Diese muss Aufstiegsmöglichkeiten, die Bewältigung neuer Herausforderungen, Weiterqualifikationen und finanzielle Vergütungen umfassen.

Solange der Lehrerberuf keine solche Entwicklungsperspektive bietet, werden sich ganze Generationen von leistungsstarken jungen Menschen anderen Berufen zuwenden. In dieser unmodernen Struktur des Berufs liegt das langfristige Problem des Lehrermangels, der uns seit Jahrzehnten beschäftigt. Und weiter beschäftigen wird, wenn sich an der Grundstruktur des Berufs nichts ändert.

Was also ist zu tun? Im Lehrerberuf können Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, indem das Unter-

richten funktional differenziert wird (wie Soziologen sagen). Um zu verdeutlichen, was gemeint ist, seien einige Massnahmen aufgelistet:

- Schaffung von Assistenzlehrkräften, die in Kooperation mit einer Lehrperson unterrichten und dies als Zwischenstadium ihrer Laufbahn ansehen.
- Beratung schwieriger Schüler, Entwicklung von individuellen Förderprogrammen und deren Realisierung mit den betreffenden Familien.
- Einsetzung eines Weiterbildungsbeauftragten in der Schule, der u. a. die neuere fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Forschung verfolgt, Leistungsvergleiche mit anderen Schulen anstellt und für die Einführung von Innovationen an der Schule zuständig ist.
- Monitoring und/oder Beratung von jüngeren Lehrern.
- Weiterentwicklung der Beratung zu Führungskompetenzen, Vorbereitung auf Schulleitungs-Funktionen und so weiter.

Solche Differenzierungen von Funktionen innerhalb des Systems Schule sollen mit lohnwirksamer Funktionszuweisung einhergehen, aber auch mit klar definierten Leistungszielen und mit schulinternen Beförderungen, wenn sich die Funktionsträger bewährt haben. Das heisst auch, dass solche Leistungen nicht nebenbei erbracht werden, sondern als eigenständige Tätigkeiten auf einem anderen Niveau und mit anderer Qualifikation als bisher.

Diese Vorschläge bedingen noch etwas Weiteres. Wenn sich spezialisierter Lehrer individuelle Förderprogramme für leistungsschwache oder disziplinarisch schwierige Schüler in einer Klasse entwickelt, dann wird in den Unterricht zusätzliche Expertise einfließen. Das alles tendiert zu einer neuen Experten- und Führungskultur, die an Schulen eingerichtet werden müsste. Insofern liegt in aktuellen Lehrermangel weniger eine Gefahr als eine Chance – die Chance, das Berufsbild und den Berufsweg von Lehrerinnen und Lehrern grundlegend zu erneuern.

Hermann J. Forneck



Hermann J. Forneck, 60, lehrte als Professor an den Universitäten Zürich, Freiburg i. Br. und Giessen, bevor er 2006 an die Fachhochschule Nordwestschweiz kam. Dort leitet er heute die Pädagogische Hochschule. Eines seiner Arbeitsgebiete ist die Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern.